

INTERPELLATION von Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Lilith Claudia Hübscher (Grüne, Winterthur)

betreffend Steuerpolitik: ernsthafte Evaluation statt blosser Rankings

Seit 2008 veröffentlicht die Finanzdirektion jährlich ein sogenanntes Steuermonitoring. Dieses erfasst im Wesentlichen die durchschnittliche Steuerbelastung von natürlichen und juristischen Personen im Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen und (für die juristischen Personen) im Vergleich zu Mitbewerbern auf dem Markt für Unternehmensstandorte.

Das Zürcher Steuermonitoring krankt an diversen Punkten. Insbesondere fokussiert es einzig auf "Leistungen" (steuerpolitische Massnahmen), ist aber für Wirkungen im Sinn von Outcome und Impact von (Steuer-)politik gänzlich blind. Konkret: Wir entnehmen dem Monitoring zwar jährlich die prozentualen Gesamtbelastungen natürlicher und juristischer Personen sowie geplante und umgesetzte steuerpolitische Massnahmen in den Kantonen. Über die Wirkungen erfährt der Kantonsrat indes nichts. Wenn mit diesem Steuermonitoring schon Transparenz über die Grundlagen künftiger Politik «im Sinn einer evidence-based policy» geschaffen werden soll, dann wird die bisherige mehrjährige Praxis diesem Anspruch schlicht nicht gerecht.

Es fehlen konkret z.B. Indikatoren über die Entwicklung des Steuersubstrats in den Kantonen ebenso wie deren Ertragsentwicklung aus Steuern - in Abhängigkeit von steuerpolitischen Massnahmen. Dass der Kanton St. Gallen aufgrund von Steuerfussenkungen etwa happige Sparprogramme zu schnüren hat, weil die Steuererträge eingebrochen sind, wird nirgends ersichtlich, ebenso finanzpolitische Nöte anderer Gemeinwesen, die sich unter Druck des "Steuerwettbewerbs" zu wenig nachhaltigen Massnahmen im Steuersenkungswettbewerb haben hinreissen lassen. Das schiere Ranking - ohne wesentliche Aussagekraft - dominiert. Der Kanton Zürich ist aber nicht in einer «casting show», er trägt reale Verantwortung.

Wir bitten den Regierungsrat darum um Beantwortung der folgenden Fragen

1. In der aktuellen Form erspart das «Steuermonitoring» v.a. privaten Akteuren «Medien, Verbänden, Interessenvertretern» bloss die eigene Recherche. Was BAK Basel Economics vorlegt, hat mit wissenschaftlicher Analyse wenig zu tun und könnte problemlos auch anderweitig und ohne finanzielle Belastung des Kantons erstellt werden. Erachtet der Regierungsrat die Fortführung des heutigen «Steuermonitorings» in der heutigen Form zulasten der Staatskasse angesichts von dessen beschränkter Aussagekraft noch als notwendig? Wenn ja, aus welchem Grund?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat angesichts obgenannter Schwächen und im Lichte seiner eigenen Erwägungen anlässlich der Einführung dieses Monitorings, die jährlich anfallenden Kosten von mehreren Zehntausend Franken besser zu investieren - gerade angesichts laufender Sparprogramme? (Im Ergebnis: «Mehr Brutto vom Netto».)
3. Inwiefern ist der Regierungsrat bereit, auch die Wirkung steuerpolitischer Massnahmen wie oben genannt auf die kantonalen Finanzhaushalte einzubeziehen und damit für eine ernsthafte steuerpolitische Wirkungsevaluation zu sorgen?
4. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass in den Präsentationen der Finanzdirektion stets nur von Steuern die Rede ist, entgegen seiner ursprünglichen Absicht aber kaum bis gar nicht von anderen, wesentlich entscheidenderen Standortfaktoren?

Ralf Margreiter
Lilith Claudia Hübscher

M. Bischoff	B. Bloch	R. Brunner	H. Bucher	K. Bütikofer
O. Ferro	C. Gambacciani	M. Geilinger	E. Guyer	U. Hans
E. Häusler	E. Hildebrand	M. Homberger	R. Kaeser	H. Läubli
G. Petri	A. Redzic	M. Rohweder	J. Stofer	A. Wolf